

13.09.2016

## Entschließungsantrag

des Abgeordneten Daniel Schwerd FRAKTIONSLOS

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Fortschritt durch Industrie 4.0 für NRW gestalten – Investitionen und Innovation für gute Arbeit fördern“ (Drucksache 16/12853).

### **Industrie 4.0 und Arbeit 4.0: Chancen nutzen, Risiken meistern!**

#### **I. Die Welt der Arbeit ist in Bewegung**

Industrie 4.0 wird die Welt der Arbeit auf vielfältige Weise beeinflussen.

#### **Arbeit wird zentraler – Arbeit wird dezentraler**

Die Flexibilisierung der Produktionswege durch Standardisierung und Vernetzung der beteiligten Maschinen löst bisherige Unternehmen auf. In Zukunft wird für jedes einzelne Werkstück ein anderer Produktionsweg möglich. Ganz neue Formen der Ausgliederung von Produktion entstehen, ganze generische Fertigungsunternehmen können für virtuelle Unternehmen Produktionsdienstleistungen anbieten. Neue Geschäftsmodelle der Produktion werden entstehen.

Gleichzeitig wird es für viele Werkstücke nicht mehr erforderlich sein, diese zentral in großen Mengen zu produzieren und dann zu versenden, sondern sie können beispielsweise mit 3D-Druck vor Ort in kleinen Auflagen bis hin zu Einzelstücken erzeugt werden, so dass sich diese Produktion wieder näher an den Gebrauchsort verlagern kann.

Arbeitsplätze werden dabei in der Fläche verlagert, Zusammenhänge aufgelöst. Eine Vernetzung von Arbeitern und Angestellten und die damit verbundene zentrale und damit starke Vertretung von Arbeitnehmerinteressen werden schwieriger. Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer muss über komplexer werdende Strukturen hinweg sichergestellt werden.

#### **Arbeit wird qualifizierter – Arbeit wird weniger qualifiziert**

Die Vernetzung von Produktion wird zu einem neuen Rationalisierungsschub führen. Maschinen konfigurieren sich den Anforderungen des gerade vorliegenden Werkstücks und Materials

Datum des Originals: 12.09.2016/Ausgegeben: 13.09.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

entsprechend selbst. 3D-Druck macht viele handwerklichen Tätigkeiten und Fähigkeiten überflüssig. Gleichzeitig werden neue Kenntnisse zur Wartung, Programmierung, Konstruktion und Konfiguration dieser neuen Maschinen notwendig. 3D-Druck erfordert eine neue Art der Konstruktion damit produzierter Teile. Auf diese Weise fallen Arbeitsplätze weg, während gleichzeitig andere Arbeitsplätze neu entstehen. Es ist unklar, wie sich das Zahlenverhältnis der wegfallenden zu neu entstehenden Arbeitsplätzen verhält – Prognosen gehen von 25% Arbeitseinsparung aus: Sicher ist hingegen, dass sich die benötigten Qualifikationen stark unterscheiden werden. Es wird mehr Spezialwissen in mehr Disziplinen geben.

Gleichzeitig entsteht ein neues, digitales Prekariat. Durch arbeitsvermittelnde Plattformen werden in kleine Pakete aufgelöste, miteinander vergleichbare Arbeitseinheiten ausgelobt und verteilt. Die damit verbundenen Tätigkeiten sind oft gering qualifiziert, schlecht bezahlt und unzureichend sozial abgesichert.

### **Arbeit wird verdichtet – Arbeit wird verdünnt**

Industrie 4.0 wird weitgehend autonom ablaufen. Darin beteiligte Arbeitnehmer werden oft für größere Bereiche von Produktion überwachend tätig sein und sich auf sehr viel größere zeitliche und räumliche Flexibilität und Bereitschaften einstellen werden. So werden un- oder niedrig bezahlte Phasen des Leerlaufs entstehen. Arbeitgeber begründen damit die Forderung nach mehr flexiblen und damit prekären Arbeitsformen.

Einer geringer werdenden Zahl von Arbeitsplätzen gleichen Typus steht die Verdichtung der damit verbundenen Arbeit gegenüber. Die Vernetzung und dynamische Steuerung der Produktion durch Industrie 4.0 erlaubt eine ganz neue, höhere Auslastung der Beschäftigten. Insbesondere dadurch werden hohe Rationalisierungsgewinne erzielbar. Immer weniger Menschen werden immer mehr arbeiten. Der Druck, auch Sonn- und Feiertags zur Verfügung stehen zu müssen wird immer stärker.

### **Arbeit als abnehmender Faktor in der Wertschöpfung**

Industrie 4.0 wird dazu führen, dass Arbeit einen weiter abnehmenden Anteil in der Wertschöpfung haben wird. Eine Finanzierung des Gemeinwohls und staatlicher Aufgaben wesentlich durch die Besteuerung des Faktors Arbeit wird immer schwieriger. Die Rationalisierungsdividende entzieht dem Staat Anteile der Besteuerung, da international operierende Konzerne für ihre Gewinne Steuergelände innerhalb Europas und der Welt nutzen. Der Flexibilisierung der Produktion steht eine weitere Flexibilisierung der Einnahme- und Gewinnsituation von Unternehmen gegenüber.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

1. Die sozialen Errungenschaften in der Arbeitswelt müssen bewahrt werden. Arbeitnehmervertretung muss auch über die neue, dezentrale und virtuelle Fabrik hinweg möglich sein.
2. Fortschreitende Digitalisierung benötigt keineswegs mehr prekäre oder unsichere Arbeitsverhältnisse. Im Gegenteil, mit der steigenden Flexibilisierung der Produktion kann den Bedürfnissen der Menschen Rechnung getragen werden – und nicht den Bedürfnissen der Produktion mit Flexibilisierung der Lebensverhältnisse.

3. Teilnehmer an digitalen Plattformen zur Vermittlung neuer Arbeitsformen benötigen sozialen Schutz wie alle anderen Arbeitnehmer auch.
4. Fortlaufende, lebenslange Qualifikation wird immer wichtiger. Weiterbildung darf nicht erst dann einsetzen, wenn der Arbeitsplatz schon konkret in Gefahr ist. Arbeitnehmer müssen genug Zeit und Raum haben, sich kontinuierlich fortzubilden. Fortbildung muss für sie kostenlos sein.
5. Rationalisierungsgewinne bieten Spielraum für Arbeitszeitverkürzung, ohne dass dies mit Einbußen der Gehälter einhergehen muss. Anstatt mehr Arbeit auf immer weniger Menschen zu verdichten, muss die Arbeit wieder auf mehr Schultern verteilt werden, die dann jeweils kürzere Arbeitszeiten haben. Der fortlaufenden Verdichtung der Arbeit muss mehr Zeit zur Erholung und Erneuerung gegenüberstehen.
6. Grundsätzlich arbeitsfreie Zeiten wie Sonn- und Feiertage müssen bewahrt werden.
7. Bei abnehmendem Anteil der Arbeit an der Wertschöpfung bedarf es neuer Modelle, Wertschöpfung insgesamt zu besteuern. Dabei müssen auch steigende Unternehmensgewinne stärker herangezogen werden. Insbesondere muss dafür gesorgt werden, dass die Verlagerung von Unternehmensgewinnen in Niedrigsteuerländer die finanzielle Basis öffentlicher Daseinsvorsorge und staatlichen Handelns nicht austrocknet. Dies geht nur in internationaler, mindestens aber europäischer Zusammenarbeit.

### **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

1. sich dafür einzusetzen, dass der Wandel in der Arbeitswelt, der durch Industrie 4.0 ausgelöst wird, sozial und gerecht gestaltet wird,
2. Arbeitnehmerrechte, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung und Beteiligung, in der virtuellen Fabrik und der dezentralen Produktion zu stärken,
3. für eine soziale Absicherung der Teilnehmer an digitalen Plattformen der Vermittlung neuartiger Arbeitsformen zu sorgen,
4. fortlaufende, lebenslange Qualifikation und Weiterbildung von Arbeitnehmern zu fördern und dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmern genug Zeit und Raum dafür eingeräumt wird,
5. sich bei sinkender Zahl von Arbeitsplätzen und fortlaufender Verdichtung von immer mehr Arbeit auf immer weniger Köpfe für Arbeitszeitverkürzungen und gerechtere Verteilung von Arbeit einzusetzen,
6. das grundsätzliche Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit zu bewahren,
7. sich auf nationaler und internationaler Ebene für eine gerechte, angemessene Unternehmensbesteuerung zur finanziellen Absicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge einzusetzen.

Daniel Schwerd